
Glossar.

A

Asset Backed Securities (ABS)

Handelbare Wertpapiere, deren Zins- und Tilgungszahlungen durch zugrunde liegende Vermögenswerte (i. d. R. ein Forderungspool) unterlegt sind. Sie werden in der Regel durch eine Zweckgesellschaft im Rahmen einer Verbriefung begeben.

Assoziierte Unternehmen

Unternehmen, die nach der Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen werden und auf die die Muttergesellschaft zwar einen maßgeblichen, aber keinen beherrschenden Einfluss ausüben kann.

B

Backtesting

Verfahren zur Überwachung der Qualität von Value-at-Risk-Modellen. Hierbei wird über einen längeren Zeitraum geprüft, ob die über den VaR-Ansatz geschätzten potenziellen Verluste rückwirkend nicht wesentlich häufiger überschritten wurden, als gemäß dem angewandten Konfidenzniveau zu erwarten wäre.

C

Cashflows

Zuflüsse und Abflüsse von Zahlungsmitteln und Zahlungsmitteläquivalenten.

Collateralised Debt Obligations (CDO)

Mit einem Pool von unterschiedlichen Wertpapieren, insbesondere Krediten und sonstigen verbrieften Schuldtiteln, besicherte ABS.

Commercial Mortgage Backed Securities (CMBS)

Commercial Mortgage Backed Securities sind durch Gewerbestimmungen grundpfandrechtl. gesicherte Finanzierungen.

Commercial Paper

Kurzfristige, unbesicherte Schuldtitel mit einer Laufzeit von bis zu 270 Tagen, begeben von Emittenten erstklassiger Bonität am Geldmarkt.

Credit Default Swap (CDS)

Finanzinstrument zur Übernahme des Kreditrisikos aus einem Referenzaktivum (z. B. Wertpapier oder Kredit). Dafür zahlt der Sicherungsnehmer an den Sicherungsgeber eine Prämie und erhält bei Eintritt eines vorab vereinbarten Kreditereignisses eine Ausgleichszahlung.

D

Derivate

Aus Basisinstrumenten (z. B. Aktien, Anleihen, Devisen, Indizes) abgeleitete Finanzinstrumente, deren Preis aus dem Preis eines Basiswerts ermittelt wird.

E

Emissionen

Direkte oder durch Vermittlung erfolgte Ausgabe von Wertpapieren. Der Vermittler führt entweder den Verkauf kommissionsweise für Rechnung des Emittenten durch oder übernimmt die Wertpapiere zu einem festen Kurs und bietet sie zu einem höheren Kurs dem Publikum an.

Equity-Methode

Konsolidierungsmethode in der Konzernrechnungslegung für Anteile an Unternehmen, auf deren Geschäftspolitik ein maßgeblicher Einfluss ausgeübt werden kann (assoziierte Unternehmen). Der anteilige Jahresüberschuss/-fehlbetrag des Unternehmens geht in den Buchwert der Anteile ein. Bei Ausschüttungen wird der Anteil entsprechend gemindert.

F

Fair Value

Betrag, zu dem ein Finanzinstrument zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Parteien, die nicht unter Handlungszwang stehen, gehandelt werden kann.

H

Hedge Accounting

Bilanzielle Abbildung von Sicherungsbeziehungen mit dem Ziel einer wirtschaftlichen und bilanziellen Kompensation von Marktwertänderungen des Grundgeschäfts und den gegenläufigen Wertentwicklungen des Sicherungsinstruments.

I

Impairment

Außerplanmäßige Wertminderung von Aktiva, wie zum Beispiel Kreditforderungen, Wertpapiere, immaterielle Vermögenswerte und Sachanlagen, in Höhe des Betrags, um den die fortgeführten Anschaffungskosten den am Markt erzielbaren Betrag überschreiten.

International Financial Reporting Standards (IFRS)

Die IFRS umfassen neben den als IFRS bezeichneten Standards auch die bisherigen International Accounting Standards (IAS) und Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (ehemals Standing Interpretations Committee) sowie Standards und Interpretationen, die vom International Accounting Standards Board (IASB) künftig herausgegeben werden.

K

Konfidenzniveau

Wahrscheinlichkeit, mit der ein potenzieller Verlust eine durch den Value-at-Risk definierte Verlustobergrenze nicht überschreitet.

L

Latente Steuern

Zukünftige steuerliche Belastungen und Gutschriften, die aufgrund vorübergehender Unterschiede im Wertansatz in der Steuer- und in der Handelsbilanz nach IFRS entstehen. Sie stellen zum Zeitpunkt der Bilanzierung noch keine tatsächlichen Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern dar.

O

Over the Counter (OTC)

»Over the Counter« bezeichnet den Handel von Finanzinstrumenten außerhalb organisierter Märkte.

P

Patronatserklärung

Verpflichtung der LBBW gegenüber Dritten, Sorge für die ordnungsgemäße Geschäftsführung und die Erfüllung von Verbindlichkeiten ihrer Tochtergesellschaften zu tragen.

R

Rating

Standardisiertes Bonitätsurteil eines Finanztitels oder eines Schuldners durch unabhängige Ratingagenturen.

Repo-Geschäfte (Repurchase Agreement)

Kombinationen aus Kassa-Käufen oder -Verkäufen von Wertpapieren mit gleichzeitigem Verkauf oder Rückkauf der Wertpapiere auf Termin mit demselben Kontrahenten.

Residential Mortgage Backed Securities (RMBS)

Residential Mortgage Backed Securities sind durch private Wohnimmobilien grundpfandrechtlich gesicherte Finanzierungen.

Return on Equity (RoE)/Eigenkapitalrendite

Kennzahl, bei der der Jahresüberschuss vor Steuern zum durchschnittlichen Eigenkapital in Beziehung gesetzt wird.

S

Spread

Spanne zwischen zwei Preisen beziehungsweise Auf-/Abschlag gegenüber einem bestimmten Referenzzinssatz.

Stresstesting

Methode, mit der versucht wird, die verlustmäßigen Auswirkungen extremer Ereignisse zu modellieren; geforderte Ergänzung zu den Value-at-Risk-Analysen, die diese Ereignisse nicht adäquat berücksichtigen.

V

Value-at-Risk (VaR)

Der VaR-Wert bezeichnet die Obergrenze eines möglichen Verlustes, der innerhalb eines vorgegebenen Zeitraums und Konfidenzniveaus bei unterstellten Veränderungen von Marktparametern auftreten kann. Das statistische Maß dient zur Vergleichbarkeit der Marktrisiken in verschiedenen Portfolios des LBBW-Konzerns.

Verbriefung

Ausgabe von Wertpapieren (z. B. Schuldverschreibungen oder Commercial Paper) als Ersatz von Krediten oder Finanzierung von Forderungen.

Volatilität

Kursschwankung eines Wertpapiers oder einer Währung beziehungsweise Schwankungsbreite bei Zinssätzen.

Z

Zweckgesellschaften

Zweckgesellschaften sind Konstrukte, die einen eng begrenzten und genau definierten Geschäftszweck erfüllen und deren Geschäftsführung typischerweise nach der Gründung keine eigene oder nur eine eingeschränkte Entscheidungsmacht hat. Üblicherweise kann zudem die ursprünglich durch Gesellschaftsvertrag oder ähnliche vertragliche Vereinbarung festgelegte Geschäftspolitik nachträglich nicht geändert werden; in solchen Fällen liegt ein sogenannter Autopilot vor. Zweckgesellschaften sind normalerweise mit geringem Eigenkapital ausgestattet, das darüber hinaus in der Regel nicht von dem Unternehmen eingebracht wird, zu dessen Gunsten die SPE ihren Geschäftszweck letztlich ausübt (Initiator).